



28.08.2018

## **PRESSE-INFORMATION**

### **SPD Greifswald begrüßt Einführung der Mietpreisbremse ab 1. Oktober**

Seit 2014 kämpft die SPD Greifswald in Zusammenarbeit mit der SPD Bürgerschaftsfraktion um eine Änderung der Wohnungspolitik zugunsten der Greifswalder Mieterinnen und Mieter. So konnte im Herbst 2014 ein grundlegender Beschluss durch die Bürgerschaft erreicht werden, der einen Antrag beim Land zur Ausweisung von Greifswald als Mietpreisbremsenregion vorsah. Nach langem Warten und vielen Verzögerungen durch die Landes-CDU ist es nun geschafft! Ab dem 01. Oktober 2018 gilt die Mietpreisbremse in Greifswald.

Hierzu erklärt Erik von Malottki, Vorsitzender der AG Bezahlbarer Wohnraum: „Ich freue mich, dass die Mietpreisbremse endlich für Greifswald eingeführt wird und sich unsere langjährige Arbeit auszahlt. Die heutige Entscheidung ist ein sehr gutes Zeichen für die Mieterinnen und Mieter in Greifswald. Sie ist ein wichtiger Schritt, um die Spirale der ständig steigenden Mieten zu durchbrechen. Klar ist, dass wir diese Fehlentwicklung langfristig nur durch die Schaffung von mehr bezahlbarem Wohnraum und sozialen Wohnungsbau verändern können. Auch hier hilft die Mietpreisbremse, da in der Verordnung eine besondere Berücksichtigung bei der Vergabe von Fördermitteln durch das Land garantiert wird“.

Die Vorsitzende des Bauausschusses, Dr. Monique Wölk ergänzt hierzu: „Die heutige Entscheidung zur Ausweisung Greifswalds kommt zu einem idealen Zeitpunkt. Denn im Koalitionsvertrag ist eine weitere Verschärfung der Mietpreisbremse vorgesehen und die Justizministerin hat diese bereits für den 01.01.2019 angekündigt. Positiv hervorzuheben ist auch, dass der Greifswalder Maßnahmeplan „Bezahlbares Wohnen“ ein Teil der Verordnungsbegründung geworden ist. Wir haben jetzt ein klares Bekenntnis des Landes zum sozialen Wohnungsbau und Rückendeckung für das Modellgebiet „Bezahlbares Wohnen“ in der Hafenstrasse (B-Plan 55). In Zukunft muss in jedem neuen Wohngebiet die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum mitgedacht werden. Nur so wird es uns gelingen, eine sozial ausgewogene Stadtentwicklung sicher zu stellen und die Aufteilung der Stadt in Wohngebiete für Menschen mit großem Geldbeutel und für Menschen mit kleinem Geldbeutel zu verhindern.“

Abschließend erklärt der Ortsvereinsvorsitzende Michael Hosang: „Das ist auf jeden Fall ein gute Maßnahme und geht in die richtige Richtung. Die jahrelange Arbeit hat sich gelohnt. Natürlich wird die SPD Greifswald dieses Thema weiter begleiten und weiter daran arbeiten, dass sich auch Normal- und Geringverdiener eine anständige Wohnung leisten können.“

Weitere Informationen:

Michael Hosang

Vorsitzender der SPD Greifswald

Weissgerberstraße 14

17489 Greifswald

M: 0170/5819378

E: michaelhosang@gmx.de